

Medienspiegel Woche 41 / 2015

	Seite
Tagblatt, 23. September 2015 Plötzlich viel weniger Lohn	1
Tagblatt, 8. Oktober 2015 Kinder machen keine Pause	3
Tagblatt, 3. Oktober 2015 Schule geht über die Bücher	4
Tagblatt, 3. Oktober 2015 Neue Schulschrift kommt früher	6
Basler Zeitung, 3. Oktober 2015 Rahmenbedingungen stimmen nicht	7
NZZaS, 4. Oktober 2015 Problemlos riesige Summen einsparen	7
Tagblatt, 4. Oktober 2015 Schule für alle?	8
SRF Regionaljournal, 5. Oktober 2015 «Es ist ein Sprachbad, in dem auch wir Lehrkräfte schwimmen»	11
Tagblatt, 6. Oktober 2015 Schulleiter muss gehen	13
Tagblatt, 6. Oktober 2015 Vreni Kölbener wird Schulleiterin	14
LeserbriefEXPRESS Nr. 41 vom 10.10.2015 Widerstand gegen den Lehrplan 21	15

Dazu täglich neue Artikel auf Schule Schweiz

<http://schuleschweiz.blogspot.ch/>

Tagblatt, 23. September 2015

Plötzlich viel weniger Lohn



Kindergartenkinder brauchen auch während der Znünpause Betreuung. Ob diese Zeit aber auch verrechnet werden soll, ist umstritten. (Bild: Symbolbild: ky/Gaëtan Bally)

Den Kindergärtnerinnen der Stadt lupft es den Hut: Der neue Berufsauftrag hat teilweise zu markanten Lohneinbussen geführt. Der Lehrerverband fordert den Stadtrat zum Handeln auf.

ELISABETH REISP

Praktisch von einem Tag auf den anderen verdient sie 250 Franken weniger. Und das nach 25 Jahren als Kindergärtnerin in der Stadt St. Gallen. Sie hat noch Glück gehabt, ältere Kolleginnen müssen eine Lohneinbusse von bis zu 700 Franken monatlich verschmerzen. Sie, das ist eine Kindergärtnerin, deren Namen nicht in der Zeitung stehen darf. «Eine Order vom Lehrerverband», sagt die Kindergärtnerin. «Damit nicht alles Geschirr zerschlagen wird.»

Pausen sollen bezahlt werden

Die Situation bei den Kindergärtnerinnen der Stadt ist angespannt. Sie mussten vor den Sommerferien einen Vorvertrag für einen neuen Berufsauftrag unterschreiben. Dieser hat zum Teil happige Lohneinbussen zur Folge. Nun setzt sich der Lehrerverband der Stadt St. Gallen (VLSG) für sie ein. Der Verband hat Stadtrat Markus Buschor eine Resolution geschickt mit zwei Forderungen: Den Kindergärtnerinnen soll die effektive Arbeitszeit bezahlt werden. Gemeint ist damit die 20minütige Znünpause am Morgen, die seit mehr als zwei Jahrzehnten nicht entlohnt wird. Einzelne Schulhäuser haben indes Lösungen gefunden, diese unbezahlte Arbeitszeit auszugleichen. Und hier knüpft der VLSG seine zweite Forderung an: Alle Kindergärtnerinnen sollen innerhalb der Gemeinde gleich behandelt werden. Würde der Stadtrat diesen Forderungen nachkommen, könnte die Lohneinbusse wenigstens zum Teil wettgemacht werden, sagt Olivia Rudin, Präsidentin des VLSG.

Automatische Pensenreduktion

Bei den Kindergärtnerinnen brodelt es schon seit langem. Der neue Berufsauftrag und die damit verbundenen Lohnneinbussen haben die Suppe überkochen lassen. Wer sie auslöffeln muss, ist unklar. «Schulamtsleitung und Stadtrat blocken ab», sagt die betroffene Kindergärtnerin.

Mit dem neuen Berufsauftrag kann die Arbeitsleistung in Stunden abgerechnet werden. Da im Kindergarten weniger Lektionen unterrichtet werden als in der Primarschule, kann eine Kindergärtnerin gemäss Rudin gar nicht mehr 100 Prozent unterrichten. Dies, weil ihre Arbeit in vier Felder unterteilt wird: Unterricht, Schule, Schüler, Lehrperson. Der Unterricht mache den Hauptteil der Arbeit aus, sagt Rudin. Die anderen drei Felder werden in Relation zur Zahl der Lektionen abgerechnet. Würde wenigstens die Znünpause angerechnet, könnte das Pensum wieder etwas aufgestockt werden, sagt Rudin. «Auf hundert Prozent kämen die Kindergärtnerinnen zwar nicht, aber immerhin wieder auf ein höheres Pensum.»

Die Pause sei keine Arbeitspause, sondern «eine Bewegungs- und Verpflegungsphase für die Kinder», sagt Rudin. Denn die Kindergärtnerinnen seien auch in dieser Unterrichtsphase für die Kinder verantwortlich. Gerade im ersten Quartal ist diese sehr betreuungsintensiv. Nicht alle Kinder sind beim Eintritt in den Kindergarten gleichermassen selbständig.

Schulamt verweist auf Gesetz

Bei der Stadt sei der Lehrerverband bis jetzt auf taube Ohren gestossen. «Alle Bitten unsererseits um Verhandlungen wurden vom Tisch gewischt», sagt Rudin. Die Direktion für Schule und Sport weigere sich, am Zustand etwas zu ändern.

Die Schulamtsleiterin Marlis Angehrn begründet die Haltung des Schulamts mit der Gesetzgebung. Eine Entlastung für die Pausenaufsicht sei gemäss Bildungsdepartement nicht im Sinne des Gesetzgebers. In der Handreichung zum neuen Berufsauftrag sei empfohlen worden, einen überdurchschnittlichen Einsatz der Kindergärtnerin während der Pausenaufsicht dem Arbeitsfeld Schule anzurechnen.

Stadtrat für Besitzstandwahrung

Stadtrat Markus Buschor sieht ebenfalls keinen Grund, die Pausen anzurechnen. «Vor Jahren hat man festgelegt, die Zeit, welche es braucht, die Kinder zu empfangen und wieder zu entlassen, als Unterrichtszeit zu honorieren.» Das heisse, für diese Zeit werde automatisch auch Vorbereitungszeit angerechnet, die nicht nötig ist. Hingegen werden Pausen nicht als Arbeitszeit verrechnet. Das sei damals der Deal gewesen. Schuldirektor Buschor will aber keineswegs die Augen verschliessen vor jenen Fällen, die der neue Berufsauftrag besonders hart getroffen hat. «Der Stadtrat hat klar entschieden, den Besitzstand der Lehrpersonen zu wahren.» Wer also eine einschneidende Lohnneinbusse zu verschmerzen habe, könne einen Antrag zur Überprüfung der Situation stellen. Bei einer Anerkennung als Härtefall solle der Lohn wieder angepasst werden.

<http://www.tagblatt.ch/ostschweiz/stgallen/stadtstgallen/tb-st/Plotzlich-viel-weniger-Lohn;art186,4365745>

Tagblatt, 8. Oktober 2015

Kinder machen keine Pause

Plötzlich weniger Lohn Ausgabe vom 23. September 2015

In unserem Haus gibt es einen Kindergarten. Ich kann dem Treiben darin auch während der Znünpause zuschauen. Die Kindergärtnerin ist selbstverständlich anwesend; es gibt keinen Unterschied zur übrigen Zeit. Die Kinder müssen auch während der «Pause» beaufsichtigt werden. Was, wenn einem Kind etwas passieren würde, weil die Kindergärtnerin abwesend ist?

Ich möchte daran erinnern, dass auch unsere Kindergärtnerinnen, ähnlich den Lehrerinnen und Lehrern, eine ausgezeichnete Ausbildung haben. Ein Aufschrei ging vor einiger Zeit durch die Gesellschaft, als man von den künftigen Kindergärtnerinnen eine Matur verlangte. Genau das aber kommt dieser Berufsgruppe jetzt zugute. Es gibt verschiedene Zugänge zu dieser Ausbildung, aber sie alle sind etwa auf dem Niveau einer Matura angesiedelt. Den Kindergärtnerinnen steht «die Welt» also auch ohne Kindergarten offen. Sie sind längst nicht mehr die «Gvätterlitannten» aus Grossmutterns Zeiten. Mit einer solch hervorragenden Ausbildung muss man nicht unbedingt im erlernten Beruf arbeiten. Ein Studium in Angriff zu nehmen oder in einem anderen, weniger stressigen und gut bezahlten Bereich zu arbeiten, liegt meines Erachtens durchaus drin.

Von den Kindergärtnerinnen wird Gratisarbeit verlangt. Das ist eine Frechheit! Politische Entscheidungsträger haben offensichtlich keine Ahnung, wie es im Kindergarten zu- und hergehen kann. Das ist etwas ganz anderes, als wenn man zu Hause zwei eigene Kinder am Mittagstisch zu betreuen hat. Wenn unsere Politiker mit ihrer Sparwut so weiterwursteln (nicht nur im Kindergarten-, sondern generell im Bildungsbereich), müssen wir uns nicht wundern, wenn der Schule und dem Kindergarten bald einmal die guten Lehrkräfte abhanden kommen. Dann muss Ersatz wohl endgültig im Ausland rekrutiert werden. Unsere eigenen hervorragend ausgebildeten Kindergärtnerinnen übernimmt die Privatwirtschaft gerne. Und wir können uns derweil nur die Namen der Verantwortlichen für dieses Trauerspiel für die nächsten Wahlen merken.

Anita Mannhart Haselstrasse 20, 9014 St. Gallen

<http://www.tagblatt.ch/ostschweiz/stgallen/stadtstgallen/tb-st/Kinder-machen-keine-Pause;art186,4382734>

Tagblatt, 3. Oktober 2015

Schule geht über die Bücher



Unterricht in Niveaustufen und kleinen Gruppen bewährt sich. Das zeigt die Auswertung, die der Schule Gossau vorliegt. (Bild: Symbolbild: Benjamin Manser)

GOSSAU. Drei Jahre lang hat die PHSG die Oberstufenreform in Gossau begleitet. Der Schlussbericht zeigt nun, dass sich der Niveauunterricht und die Halbklassen bewährt haben. Teamteaching und Lerncoaching hingegen lassen Fragen offen.

ANGELINA DONATI

Seit der Oberstufenreform im Sommer 2012 ist viel Zeit vergangen. Zeit, welche die Leitung der Schule Gossau nutzte, um die neu geschaffenen Strukturen genau zu analysieren. Ein Team der Pädagogischen Hochschule (PHSG) begleitete das Projekt von Beginn weg und erstellte nach jedem Jahr einen Zwischenbericht. Nun liegen die Endergebnisse auf dem Pult von Urs Blaser, Schulpräsident und Stadtrat von Gossau. Über die grosse Beteiligung an der Umfrage ist er erfreut. Die Fragebögen ausgefüllt haben 400 Schüler, 50 Lehrpersonen sowie 370 Eltern. «In der Auswertung lässt sich gut erkennen, dass sowohl Lehrer wie auch Schüler und Eltern die Bereiche gleich beurteilt haben», sagt Urs Blaser.

Aufwand und Nutzen abwägen

Dem Teamteaching im Fach Mathematik gaben die Schüler, Lehrer und Eltern eine Note von 3,2 von möglichen 4 Punkten. «Die Auswertung zeigt, dass die Schüler keinen grossen Unterschied bei diesem Unterricht zu anderen Lektionen feststellen. Und die Lehrer wünschen sich klarere Anweisungen, wie der Unterricht mit zwei Lehrpersonen genau gestaltet werden soll», erläutert Blaser.

Das neue Angebot Lerncoaching wurde mit 3,1 Punkten ähnlich bewertet. «Hier müssen wir Aufwand und Nutzen abwägen.» Bislang werde das Angebot zu wenig genutzt, was mit der Kommunikation zu tun haben könnte. Das Lerncoaching bezwecke wie auch die anderen Bereiche, dass die Schüler besser lernen. In einer fix eingeteilten Lektion helfen die jeweiligen Klassenlehrer den Schülern bei Hausaufgaben oder bei Prüfungsvorbereitungen.

Kleine Gruppen, grosse Wirkung

Mit 3,8 Punkten stiess der Unterricht in Niveaugruppen im Fach Englisch bei allen Beteiligten auf hohe Akzeptanz. Grundlage war die Pisa-Studie. Aus dieser geht hervor, dass rund 30 Prozent der Oberstufenschüler in der Schweiz über Englischkenntnisse verfügen, die nicht ihrer Stufe – Real- oder Sekundar- – entsprechen. «Der grosse Vorteil dabei ist, dass die Schüler das Niveau jeweils nach einem halben Jahr wieder wechseln dürfen», sagt der Schulpräsident. Das Modell Niveauunterricht überzeuge, daher werde die Schule Gossau weiter daran festhalten.

Auch die neue Form mit Halbklassen im Französisch komme gut an. Bewertet wurde diese mit 3,6 Punkten. Blaser würde es begrüßen, wenn auch in diesem Fach die Schüler in Niveaustufen

unterteilt würden. Der Kanton aber erlaubt dies einzig bei den Fächern Englisch und Mathematik. «Dabei ist es besonders bei Sprachen sinnvoll, den Unterricht in Niveaus oder kleine Gruppen aufzuteilen.» Denn umso kleiner die Gruppe, desto grösser der Lerneffekt: «Um eine Fremdsprache zu lernen, ist das Kommunizieren wichtig.»

Änderungen im Sommer

Der Schulpräsident will nun prüfen, welche Möglichkeiten bestehen, das Angebot der Halbklassen im Fach Französisch auszuweiten. Genau beurteilt werden auch das Teamteaching und das Lerncoaching. Stets unter Einbezug der betroffenen Lehrer, wie Blaser betont. Ziel ist es, bis im November eine Detailanalyse auszuarbeiten. Im Frühling soll dann ein Massnahmenpaket verabschiedet werden, damit auf das kommende Schuljahr hin die Änderungen vorgenommen werden können.

<http://www.tagblatt.ch/ostschweiz/stgallen/gossau/tb-go/Schule-geht-ueber-die-Buecher;art191,4377942>

Tagblatt, 3. Oktober 2015

Neue Schulschrift kommt früher

DEGERSHEIM. Ab dem kommenden Schuljahr lernen alle Kinder der ersten Primarklasse in Degersheim die Deutschschweizer Basisschrift. Damit führt die Schule Degersheim die neue Schulschrift ein Jahr früher als geplant ein.

Ab dem Schuljahr 2017/18 gilt im ganzen Kanton St. Gallen der «Lehrplan Volksschule». Gleichzeitig wird dann auch die neue Schulschrift eingeführt. Der Kanton hat es jedoch den Schulgemeinden überlassen, die Einführung der Basisschrift um ein Jahr vorzulegen.

Davon macht die Schulgemeinde nun Gebrauch. Die Lehrpersonen vom Schulhaus Sennrüti setzen sich schon seit längerem mit der Basisschrift auseinander und Mitarbeitende hätten sich für eine vorzeitige Einführung zur Verfügung gestellt. Die vorgezogene Einführung ermöglicht den Lehrpersonen, die Einführung der Basisschrift getrennt vom neuen Lehrplan vorzubereiten. (pd)

<http://www.tagblatt.ch/ostschweiz/stgallen/wil/wv-uz/Neue-Schulschrift-kommt-frueher;art262,4378123>

Basler Zeitung, 3. Oktober 2015

[Leserbrief zu François Grin: «Ohne Mehrsprachigkeit gibts keine Schweiz»](#)

Rahmenbedingungen stimmen nicht

Die Kenntnisse einer zweiten Landessprache seien [bei den Jugendlichen in der Schweiz dürftig – dies die Erkenntnis der Befragung von ch-x. Mitschuldig daran seien inkompetente Lehrer.](#) Da helfe auch ein früherer Beginn des Fremdsprachenunterrichts nichts. Versucht wird dieser trotzdem. Mit drei oder auch nur zwei Lektionen pro Woche lässt man Kinder, die nicht selten noch grosse Mühe haben, sich auf Deutsch auszudrücken, in ein Sprachenbad eintauchen. Das Bad ist gross wie ein Ozean, die Kinder Nichtschwimmer, aber Schwimmhilfen (Rechtschreibung, Grammatik, Wörtlilernen) sind strengstens verboten. Wer überleben will, bleibt besser am Ufer.

Neu wird über die Hälfte aller Französischlektionen auf der Primarstufe erteilt. Die Ausbildung der Primarschullehrkräfte ist erheblich kürzer als diejenige der Sekundarschullehrkräfte und ihr Lohn entsprechend geringer. Dafür sollen sie nicht drei oder vier, sondern zehn oder mehr Fächer kompetent unterrichten – und dies in völlig leistungsheterogenen Klassen.

Inkompetent ist, wer solche Rahmenbedingungen schafft. Und das sind nicht die Lehrpersonen.

Michael Weiss

NZZaS, 4. Oktober 2015

Problemlos riesige Summen einsparen

[Leserbrief zu Lehrer warnen vor Bildungsabbau](#)

Als Finanzvorstand einer zürcherischen Schulgemeinde musste ich feststellen, dass sich die Kosten im Bildungsbereich in den vergangenen fünfzehn Jahren von knapp 10 auf über 18 Millionen nahezu verdoppelt haben - bei gleichzeitiger Abnahme der Schülerzahlen, wohlgemerkt. Auch teuerungsbereinigt ist der Anstieg des Finanzbedarfs noch unverhältnismässig hoch. Hausgemacht davon ist das wenigste, die Zahlen für den schulischen Alltag - für Bücher, Material, Veranstaltungen und Mobiliar - blieben in diesen fünfzehn Jahren nämlich praktisch unverändert. Bildung an sich wäre also nicht kostspieliger als auch schon.

Aber was diesen Bereich von Jahr zu Jahr verteuert hat und weiterhin ungebremst verteuern wird, sind die Schlag auf Schlag folgenden Neuerungen aus den Bildungsdirektionen und Kantonsräten. Was früher in einer Gemeinde schlank, pragmatisch und somit auch kostengünstig abgehandelt werden konnte, wurde auf Befehl von oben reformiert oder professionalisiert. Die Aufhebung der Kleinklassen ist ein Beispiel für Ersteres, die kantonale Fachstelle für Schulbeurteilung, von der sich jede Schule im Kanton Zürich mindestens alle fünf Jahre begutachten lassen muss, eines für Letzteres. Zu kurz dabei kommen die Kinder und Jugendlichen, das Geld versickert stattdessen im Hintergrund, in Sondermassnahmen und im Verwaltungsapparat. Die Zeit, die früher von Lehrern und Bildungsverantwortlichen für die Schüler aufgewendet werden konnte, geht mehr und mehr im Papierkram verloren. Bürokratie statt Bildung lautet die traurige Tatsache.

Es muss festgehalten werden, dass man im Bildungsbereich, vor allem auf Ebene Kanton, problemlos riesige Summen einsparen könnte, ohne die Qualität des Unterrichts zu gefährden. Nur müsste da einmal genau hingeschaut werden, was jedoch natürlich anstrengender ist, als einfach die Klassengrössen zu erhöhen

Tobias Infortuna

Tagblatt, 4. Oktober 2015

Schule für alle?



Bernd Ahrbeck Pädagogikprofessor Humboldt Universität Berlin

Unter dem Fachbegriff «Inklusion» werden erbitterte Diskussionen geführt. Sollen sämtliche Sonderschulen abgeschafft werden? Sollen alle Kinder, ob mit Behinderung oder ohne, gemeinsam unterrichtet werden? Der Berliner Professor für Verhaltensgestörtenpädagogik, Bernd Ahrbeck, erklärt.

JULIA NEHMIZ/REGULA WEIK

Herr Ahrbeck, die Inklusion ist doch ein schöner Gedanke. Kinder mit einer Behinderung werden nicht in eine Sonderschule abgeschoben, sondern lernen mit nicht-behinderten in einer Regelklasse. Die Schwächeren profitieren von den Stärkeren, und alle üben sich in Akzeptanz der Vielfalt.

Bernd Ahrbeck: Das klingt für mich auch erstmal gut. Dass die Kinder sich im Primarschulbereich gegenseitig kennenlernen, behinderte und nicht-behinderte, das ist ein grosses Argument für die Inklusion. Mit der «Abschiebung» ist es so eine Sache. Viele Kinder, die im Laufe der Schulzeit an eine spezielle Einrichtung kommen, fühlen sich dort eher erleichtert.

Wie das?

Ahrbeck: Da kommen verschiedene Gründe zum Tragen. Der Druck ist weg, vielleicht gibt es mehr Akzeptanz. Und Sie dürfen nicht vergessen: Die Lehrperson kann sich intensiver um das einzelne Kind kümmern. An einer Privatschule in Berlin für verhaltensgestörte Kinder gibt es sechs Kinder und zwei Lehrer. Da ist ein Kind mit einer schwerwiegenden Problematik doch viel besser aufgehoben als in einer normalen Klasse, wo es vielleicht geärgert oder gar gemobbt wird.

Heisst das, dass Inklusion grundsätzlich nicht machbar ist?

Ahrbeck: Nein, überhaupt nicht. Es gibt viele Fälle, in denen das wunderbar klappt. Und es gibt eben auch Kinder, da ist eine Sonderschule geeigneter. Im Inklusionsdiskurs gibt es eher unterschiedliche Positionen. In der radikalen Auffassung der Inklusion, die ich kritisiere, geht es um die

Abschaffung aller Sondereinrichtungen und um die Abschaffung einschlägiger Förderkategorien. In Deutschland sind Vertreter dieser Position ziemlich einflussreich.

Welche Haltung vertreten Sie?

Ahrbeck: Wir brauchen sicher weniger Sonderschulen, als es sie derzeit gibt. Ich bin aber sehr dagegen, dass man spezielle Einrichtungen prinzipiell abschafft. Das halte ich für grundlegend falsch. Ich habe kürzlich eine grosse Befragung im Bundesland Nordrhein-Westfalen gemacht, 89 Prozent der Eltern sagten, wir bräuchten auch Sonderschulen. Und bei den Eltern mit Inklusionserfahrung waren es sogar noch mehr.

Sind alle Inklusionen gescheitert?

Ahrbeck: Alle ganz sicher nicht, aber zum Teil schon. Nehmen Sie eine Klasse mit drei hyperaktiven Kindern, die Sie kaum erreichen können. Oder nehmen Sie Kinder, die gewalttätig sind und den Unterricht permanent stören. Da gibt es einfach Grenzen des Möglichen, für Lehrer wie für Mitschüler. Sie müssten Menschen ohne Unerträglichkeitsgrenzen sein, aber dies gibt es nicht.

Warum wollen manche die Sondereinrichtungen und Förderkategorien abschaffen?

Ahrbeck: In der Inklusion bestehen einige idyllische Vorstellungen. Es komme nur auf die Akzeptanz des Besonderen an. Darauf kommt es auch an, aber damit alleine ist es nicht getan. Es geht auch um eine gezielte Förderung. Häufig wird sogar gefordert, die Kinder sollen nicht mehr etikettiert werden durch Begriffe, die sie diskriminieren könnten. Also Fachbegriffe wie verhaltensgestört, lernbehindert, sprachbehindert und so weiter. Das ist freundlich gemeint. Und natürlich soll man ein Kind nicht nur unter dem Blickwinkel sehen «du bist beeinträchtigt», das wünscht sich keiner. Aber wir brauchen die Fachbegriffe, damit wir zielgerichtet intervenieren und fördern können. Wenn Sie die Fachbegriffe auflösen, stehen Sie ziemlich blank da.

Aber Inklusion heisst doch nicht, alles zu nivellieren.

Ahrbeck: Eigentlich nicht, aber es wird oft so verstanden. Doch was ist Inklusion? Der Begriff bezieht sich auf die UN-Behindertenrechtskonvention. Diese fordert, dass es Teilhabe gibt an der Gesellschaft, Anerkennung behinderter Menschen, juristische Gleichstellung. Die Lebens-, Lern- und Entwicklungssituation soll sich also verbessern, eine bestmögliche Förderung erfolgen. Diese Kriterien beißen sich manchmal. Wenn die Förderung in einer speziellen Einrichtung besser gelingt, dann bleibt die Gemeinsamkeit auf der Strecke. Dieses spannungsreiche Feld lässt sich nicht mit radikalen Positionen auflösen.

Was würde passieren, wenn man die Forderungen der radikalen Inklusion umsetzt?

Ahrbeck: Das ist in Deutschland zum Teil schon geschehen. Es ist versucht worden, die Diagnostik in den Bereichen Lernen, Verhalten und Sprache in den ersten drei Schuljahren abzuschaffen.

Damit die Kinder nicht etikettiert werden.

Ahrbeck: Genau. Und das hat zu einem immensen Zulauf in die psychiatrischen Beratungsstellen geführt. Wenn das Kind nicht zurechtkommt, die Lehrer sagen, wir wissen auch nicht weiter, wir haben die Diagnostik nicht, wir haben die Fachkräfte nicht, dann wenden sich die Eltern an den Psychiater. Daraufhin haben die Psychiater einen Brief an den zuständigen Minister geschrieben, er solle sich um die Kinder pädagogisch kümmern, damit nicht jedes pädagogische Problem zu einem psychiatrischen wird. Es spricht also sehr viel für frühe Diagnostik.

Was sagen Sie Eltern, die Angst haben, Ihr Kind bleibt auf der Sonderschule hängen und schafft den Sprung in die Regelschule nicht?

Ahrbeck: Das ist tatsächlich ein Problem. Gerade Kinder, die eine Schule für Lernbeeinträchtigte besuchen, müssten die Möglichkeit haben, in eine allgemeine Schule zurückzukehren. Lebenslange Schulen für Verhaltensgestörte halte ich für problematisch. Wenn die Kinder nicht mehr zurück können, dann sind die Systeme zu rigide.

Wie sieht für Sie die ideale Schule aus?

Ahrbeck: Auf der Ebene der Behinderung sieht sie so aus, dass man möglichst im Sinne von Inklusion für Gemeinsamkeit sorgt. Dabei müssen aber auch die speziellen Förderbedürfnisse der Kinder beachtet werden. So viel Partizipation wie möglich, aber auch ganz entschieden ein hohes Mass an Förderung. Eine spezielle Beschulung, die manchmal zwingend notwendig ist, darf nicht unter dem Verdikt des Etikettierenden, des Bösen stehen.

Und was ist mit dem skandinavischen Modell?

Ahrbeck: Eine grössere Kooperation zwischen Sonderschulen, Sonderklassen und der allgemeinen Schule – das wäre sehr wünschenswert. In Skandinavien haben sie mehr Sonderklassen, weniger Sonderschulen. Das Klassensystem ist flexibler als das Schulsystem. Wobei man auch da keine Wunder erwarten darf. In Skandinavien sind drei oder mehr Prozent der Kinder in speziellen Klassen, 80 Prozent des Unterrichts haben sie nicht zusammen mit den anderen. Häufig wird nur noch Musik und Sport gemeinsam unterrichtet. Aber der Grundgedanke ist bestechend.

Das heisst, das System in der Schweiz müsste durchlässiger werden?

Ahrbeck: Sicher. Ich bin dafür, sukzessive vorzugehen und empirisch zu überprüfen, was geht und was nicht. Dann werden wir, glaube ich, weniger Sondereinrichtungen brauchen. Aber man wird auch sehen, dass sie für manche Kinder unerlässlich sind. Das ist moderate Inklusion. Nicht die Vollabschaffung der Systeme, sondern mehr Gemeinsamkeit. Und die Anerkennung, dass es auch Besonderes geben muss.

<http://www.tagblatt.ch/ostschweiz-am-sonntag/wissen/Schule-fuer-alle;art310637,4378917>

Regionaljournal Bern Freiburg Wallis, 5. Oktober 2015

«Es ist ein Sprachbad, in dem auch wir Lehrkräfte schwimmen»

Brigitte Mader

Vor vier Jahren hat der Kanton Bern mit dem Frühfranzösisch angefangen. Nun hat der erste Frühfranzösisch-Jahrgang in die Oberstufe gewechselt. Dabei zeigt sich: Die Schüler haben zwar keine Hemmungen zu sprechen, von Grammatik und Rechtschreibung haben sie aber wenig Ahnung.



Philippe von Escher: «Die Schülerinnen und Schüler haben grosse Lücken.»



Dina und Anja: «Spielerisch Französisch lernen ist cool, aber wir wollen einen Satz auch richtig sagen können.»



«Die Texte im neuen Franz-Lehrmittel sind zu abgehoben.»



Erwin Sommer vom bernischen Volksschulamt: «Frühfranzösisch ist keine Baustelle.» Brigitte Mader, SRF

Comics lesen statt Vocabulaire büffeln, Lieder singen statt Verben konjugieren. Der neue Französisch-Unterricht soll Spass machen. Vor vier Jahren hat Bern zusammen mit den fünf anderen Passepartout-Kantonen Freiburg, Wallis, Basel-Stadt, Basel-Land und Solothurn auf Frühfranzösisch ab der 3. Klasse umgestellt.

Zu Besuch in einer 7. Klasse in Worb (5.10.2015)

[Audio «Zu Besuch in einer 7. Klasse in Worb \(5.10.2015\)» in externem Player öffnen.](#) 4:53 min

Die Bilanz ist durchzogen. Einfachste Strukturen können die Schülerinnen und Schüler nicht. Es sei schon cool gewesen, so spielerisch eine Fremdsprache zu lernen, sagt eine Siebtklässlerin. Aber: «Ich möchte auch wissen, wie man einen Satz richtig sagt.»

Ein Minimum an Grammatik sei beim Sprachenlernen notwendig, findet auch Lehrer Philippe von Escher. Der Oberstufenlehrer hat die «Frühfranz-Pioniere» nach den Sommerferien übernommen und unterrichtet jetzt erstmals nach der neuen Franz-Lehr-Methode. Für ihn ist klar: Wörtli- und Grammatiktests wird er auch künftig machen, auch wenn er sich damit bei den Lehrmittelverfassern unbeliebt macht.

«Wir sind am Optimieren.»

Erwin Sommer

Kantonales Schulamt

Viele Oberstufenlehrkräfte sind verunsichert, weil der Alltagswortschatz fehlt bei den Schülerinnen und Schülern. Zudem seien die Inhalte im Lehrmittel viel zu abgehoben, kritisiert Jürg Hofer, ebenfalls Lehrer in Worb. Er nehme kein Sprachbad, vielmehr schwimme er mit den Schülern zusammen.

Bei der bernischen Erziehungsdirektion nimmt man die Kritik Ernst. «Wir sind am optimieren», sagt Erwin Sommer, Vorsteher des kantonalen Schulamts. Eine Baustelle sei der Frühfremdsprachen-Unterricht aber nicht. Eine detaillierte Evaluation werde 2017 gemacht.

<http://www.srf.ch/news/regional/bern-freiburg-wallis/es-ist-ein-sprachbad-in-dem-auch-wir-lehrkraefte-schwimmen>

Tagblatt, 6. Oktober 2015

Schulleiter muss gehen



Urs Schwarz, Freigestellter Schulleiter in Bottighofen. (Bild: NANA DO CARMO)

BOTTIGHOFEN. Die Schulbehörde Bottighofen hat Schulleiter Urs Schwarz per sofort freigestellt und begründet das mit einem gestörten Vertrauensverhältnis. Das seien fadenscheinige Ausreden, heisst es in einem anonymen Brief.

ANNINA FLAIG

In der Primarschulgemeinde Bottighofen ist Feuer im Dach. Allerdings will niemand Klartext reden. Fakt ist, dass die Schulbehörde Schulleiter Urs Schwarz per sofort freigestellt hat. Als Grund für dieses drastische Vorgehen schreibt die Primarschulbehörde in einem Brief an die Eltern: «Wir mussten im Verlaufe der vergangenen Monate immer häufiger feststellen, dass sich das Vertrauensverhältnis zwischen der Schulbehörde und der Schulleitung verschlechtert hat.» Weiter ist von nicht näher definierten Vorkommnissen die Rede, welche die Schulbehörde zwingen, das Arbeitsverhältnis mit Urs Schwarz aufzulösen.

Lehrerschaft erhält Maulkorb

Unter dem Absender «Besorgte Elternvereinigung Bottighofen» flattert gestern ein anonymes Schreiben in die Redaktion. Die Argumentation mit dem gestörten Vertrauensverhältnis sei eine fadenscheinige Ausrede, steht darin geschrieben. Und weiter: «Die gesamte Schulbehörde, vorangetrieben durch Schulpräsident Michael Thurau, ist gegen die Verwaltung». Die Lehrpersonen stünden aber hinter dem Schulleiter.

Die Kündigung des Schulleiters ist in Bottighofen ein heikles Thema. Die Lehrpersonen haben offenbar einen Maulkorb erhalten und konnten sich gegenüber unserer Zeitung nicht äussern. Dazu heisst es in dem anonymen Schreiben: «Wer als Lehrer oder in der Verwaltung nicht spürt oder sich der Behörde widersetzt, muss gehen.» Es wird sogar die Behauptung aufgestellt, dass nächsten Sommer Mittelstufen-Lehrpersonen entlassen werden sollen. Unterstufenlehrpersonen sollen zur Aufnahme eines Kindes in den integrativen Unterricht gezwungen werden.

Brennpunkt Integration?

Schulpräsident Michael Thurau bestätigt gestern auf Anfrage, dass Schulleiter Urs Schwarz per sofort freigestellt worden ist. «Das gegenseitige Vertrauen ist nicht mehr so, dass wir das Gefühl haben, weiter mit Urs Schwarz zusammenarbeiten zu können.» Es gebe keine weiteren Gründe. Auf die Inhalte des anonymen Schreibens angesprochen, sagt Thurau: «Das sind falsche Behauptungen.» Richtig sei, dass aufgrund der sinkenden Schülerzahlen in Bottighofen nächsten Sommer nur noch drei anstatt wie bisher vier Mittelstufenklassen geführt werden könnten. «Wir sind aber bestrebt, eine Lösung zu finden, damit trotz alledem keine Lehrperson gehen muss.» Thurau dementiert auch die Aussagen, wonach Unterstufen-Lehrpersonen zur Aufnahme eines integrativen Kindes gezwungen werden sollen. Vielmehr sei es so, dass die Schule Bottighofen seit längerer Zeit eine integrative Schule sei. Die Lehrerschaft in Bottighofen stünde hinter dieser strategischen Ausrichtung, welche so auch in den Grundlagen der Schule verankert sei.

Schwarz war ein Jahr im Amt

Urs Schwarz war gestern für eine Stellungnahme nicht zu erreichen. Er war seit August 2014 mit einem Pensum von 55 Prozent als Schulleiter in Bottighofen angestellt. Zuvor war er während einer Amtsperiode Präsident der Volksschulgemeinde Fischingen.

<http://www.tagblatt.ch/ostschweiz/thurgau/kreuzlingen/tz-kr/Schulleiter-muss-gehen;art123852,4380469>

Tagblatt, 6. Oktober 2015

Vreni Kölbener wird Schulleiterin



Vreni Kölbener Schulleiterin Waldstatt, ab 1. Januar 2016 (Bild: pd)

Der Gemeinderat hat an seiner ordentlichen Septembersitzung Vreni Kölbener-Zuberbühler als neue Schulleiterin per 1. Januar 2016 gewählt. Sie startet Anfang Jahr mit einem reduzierten Pensum und wird dann ab 1. Februar 2016 mit einem 70-Prozent-Pensum die Schule Waldstatt führen. Per sofort wird sie bereits im Projekt AdL (Altersdurchmisches Lernen) einsteigen. Das teilt die Gemeindekanzlei mit.

Die 51jährige Vreni Kölbener ist in Appenzell wohnhaft, verheiratet und Mutter dreier Kinder. Sie arbeitet zurzeit im Erziehungsdepartement Appenzell Innerrhoden als Schulinspektorin und in der Lehrerinformationsstelle (Informatikprojekt). Sie hat eine Ausbildung als akademische Supervisorin und Coach. Ursprünglich hat sie das Arbeits- und Hauswirtschaftsseminar (AHLS) Gossau abgeschlossen und einige Jahre in unterschiedlichen Schulen auf verschiedenen Stufen gearbeitet. Aktuell ist sie an der Ausbildung zur Schulleiterin an der PH St. Gallen/ Chur/Kreuzlingen und schliesst diese im Juni 2016 ab.

Weiter hat der Gemeinderat gemäss der Mitteilung entschieden, aufgrund verschiedener Faktoren die Einführung von AdL um ein Jahr zu verschieben. Somit wird AdL auf der Oberstufe gleichzeitig zur Einführung des Lehrplans 21 auf das Schuljahr 2017/2018 umgesetzt. (gk)

<http://www.tagblatt.ch/ostschweiz/kantonappenzell/auszeitung/at-ap/Vreni-Koelbener-wird-Schulleiterin;art120091,4380062>

LeserbriefEXPRESS Nr. 41 vom 10.10.2015

Widerstand gegen den Lehrplan 21

In der ganzen Schweiz regt sich Widerstand gegen das neoliberale Konstrukt „Lehrplan 21“. Erstaunlicherweise fehlt jedoch der Widerstand von links, obwohl die WoZ immer wieder über kritische Stimmen von links berichtete. Zwei Beispiele: Die Bildungsgruppe des linken Thinktanks Denknetz lehne den LP 21 kategorisch ab, weil er sich vom emanzipatorischen Bildungsverständnis verabschiede und es nur noch um die wirtschaftliche Verwertbarkeit der Menschen gehe. Gemäss dem Lehrplanforscher Prof. Rudolf Künzli entmündige der LP21 die Lehrpersonen.

Tatsächlich ist der Lehrplan 21 ein neoliberales Projekt, das von transnationalen Organisationen wie der Weltbank, der Welthandelsorganisation (WTO) oder der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) diktiert wird. Er ist Türöffner für den Zugriff der globalen Bildungskonzerne auf die staatliche Volksschule, wie er durch die WTO-Verträge (GATS) und durch TiSA (Trade in Services Agreement) geplant ist.

Der Lehrplan 21 will unser bewährtes Schulsystem auf dem Kopf stellen. Er fordert schweizweit flächendeckend „offene Lernformen“ („selbstorganisiertes“, „individuelles Lernen“), bei denen der Schüler bestimmt, was wie wann und ob er überhaupt lernen will. Deshalb darf der Lehrer keinen Klassenunterricht mehr machen und kein Wissen vermitteln. Er wird zum Lernbegleiter degradiert, der nur noch Arbeitsblätter und Wochenpläne erarbeitet und "Lernumgebungen" zur Verfügung stellt. Mit den "offenen Lernformen" werden die mittleren und schwachen Schüler als Einzelkämpfer allein gelassen, die Stofflücken werden immer grösser und die Chancen einen Beruf erlernen zu können, immer kleiner. Es findet eine stille Selektion bereits ab der ersten Klasse statt, die Chancengleichheit wird ausgehebelt und die Weichen zur Zweiklassengesellschaft gestellt.

Die dem Lehrplan 21 zugrunde liegenden „Kompetenzen“ werden im Pisa-Test der Wirtschaftsorganisation OECD abgefragt und bestimmen so Ausrichtung, Inhalt und Niveau der Lehrpläne. Damit dringt der harte, profitorientierte Konkurrenzkampf der globalisierten Wirtschaft in Schule und Elternhaus und stört ein ruhiges Lernen und unbeschwertes Aufwachsen unserer Kinder.

Mit dem Lehrplan 21 wird die Methodenfreiheit praktisch abgeschafft: An einer Schulleitertagung im Kanton Thurgau wurde das amerikanische Überwachungsinstrument „Classroom walkthrough“ vorgestellt, mit dem die Schulleiter sicherstellen können, dass die Lehrer keinen Klassenunterricht mehr machen: Der Schulleiter führt jährlich zehn bis fünfzehn kurze, nicht angekündigte Unterrichtsbesuche durch, ohne anzuklopfen, ohne Begrüssung und ohne Verabschiedung. Auf dem Beobachtungsbogen notiert er u.a., ob der Lehrer „offene Lernformen“ anwendet oder nicht. Überwachungsstaat in der freien Schweiz?

Peter Aebersold, Zürich

<http://starkevolksschulesg.ch/linke/>